



Freiburg – Stadt für Alle?!

Eine andere Stadt(bau) ist möglich und dringend nötig!

Die Mieten steigen wie der Meeresspiegel scheinbar unaufhaltsam. Wie der Klimawandel ist auch der Mietwahnsinn menschengemacht und es könnte dagegen gesteuert werden. Wenn nur der Wille da wäre.

Vor 7 Jahren wurde mit einem Bürgerentscheid der vollständige Verkauf der Freiburger Stadtbau (FSB) verhindert, doch seitdem wird mit dem Menschenrecht Wohnen noch mehr Geld gemacht als je zuvor.

Was könnte getan werden, anstatt mit dem „Handlungsprogramm Wohnen“ Handlung zu simulieren und fast ausschließlich auf Neubau zu setzen? Hier ein paar Eckpunkte:

- Die Besinnung auf die **Kernaufgaben der FSB**: „breite Schichten der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum zu versorgen“ (Satzung FSB). Somit keine Grundstücksverkäufe der Stadt an die FSB um den städtischen Haushalt zu sanieren; kein „Green City“-Hotel (15,5 Mio. €) und Kunstdepot (6,3 Mio. €), die mit dem Geld der MieterInnen gebaut wurden.
- Es wird als erstes Ziel angestrebt, **25% Mietbelastung** (Verhältnis Einkommen zu Miete) nicht zu übersteigen (wie beim Klimawandel das 2-Grad-Ziel).
- **Mietstopp bei der FSB/FSI**. Alle Mieten bleiben mindestens 25% unter dem Mietspiegel.
- **Keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit** (Notschlafstelle ist Obdachlosigkeit!). Überprüfen des Mittels der „Wiedereinweisung“.
- Die **MieterInnen bekommen** bei grundlegenden Fragen wie Verkauf, Mieterhöhung, Sanierungen, ... **unabdingbare Rechte** (diese könnten z.B. über eine Art Stadtteilgenossenschaft in der FSB abgesichert werden).
- **Ausstieg aus dem marktwirtschaftlich organisierten Wohnungswesen!**
- **Einstieg in einen „revolvierenden“ Fonds**: Alle Mieteinnahmen werden ausschließlich (kein Geld fließt ab) für die Förderung von nachhaltigem sozialem Wohnungsbau (dauerhaft, ökologisch und demokratisch) verwendet (Instandsetzung, Neubau etc.). die Stadt Salzburg macht das - es geht also. Mit dem Rückkauf von „Green City“-Hotel und Kunstdepot von der FSB durch die Stadt per Gemeinderatsbeschluss kommen schon fast 22 Mio € zusammen.

„RECHT - AUF - STADT“ - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr**. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Und immer aktuelles: www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 13.12. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr Mietshäuser Syndikats Büro (Adlerstr. 12)

Der Mietwahnsinn beschränkt sich allerdings natürlich nicht nur auf die Stadtbau. Es braucht also mehr „Genossenschaften von Unten“, mehr MieterInnen-selbstorganisation und viele andere soziale Bewegungen, die gemeinsam die Eigentumsfrage stellen und eine echte Teilhabe für Alle am gesellschaftlichen Leben erkämpfen. Das Klima muss sich ändern, und wir reden nicht nur vom Wetter!

KOMMENTAR: ICH BIN DOCH NICHT BLÖD!

„*Alptraum eines Autofahrers: Der Wagen wird immer schneller und schneller, rast auf einen Abgrund zu – und beim Tritt aufs Bremspedal passiert so gut wie nichts. Jeder Bremsversuch führt höchstens dazu, die Beschleunigung der Karre etwas zu dämpfen – so dass sie nicht mit 200, sondern nur mit 150 Sachen ins Verderben stürzen wird...*“ So die kleine Geschichte zur geplanten „Mietpreisbremse“ von compact.

Da werden wir gerade von der wohl kommenden Großen Koalition eingekullt. Signal: Wir haben das Problem erkannt, und: Ja, wir machen was!

Doch anstatt die Mieten zu senken, dürfen diese nun mit dem „Mietpreissteigerungs-Beschleunigungsdämpfer“ weiter munter ansteigen.

Okay, jetzt sollen es 'nur' noch 15% in 4 Jahren sein, aber das auch nur in manchen Gebieten. Also nachdem die Bundesregierung ein Gesetz erlassen hat, die Landesregierung auch eins und dann auch noch die Kommune eine Verordnung... Dann, ja dann könnte die „Mietpreisbremse“ für Freiburg gültig werden, aber bereits in den Umlandgemeinden wäre schon wieder Schluss.

Weder der flächendeckende Mindestlohn der die Existenz sichert, noch ein flächendeckender Mietstopp ist zu erwarten!

Was immer sie mit dem „Mietpreisanstiegs-Dämpferchen“ bezwecken wollten, verarschen lass ich mich nicht! Die Mieten müssen sinken!

JUNGE ERWERBSLOSE WERDEN IN OBDACHLOSIGKEIT GETRIEBEN

Erwerbslose haben mit Restriktionen zu kämpfen. Junge Erwerbslose allerdings werden besonders hart vom Gesetz getroffen. Über 25-jährige bekommen beim ersten sogenannten Pflichtverstoß 30% des Arbeitslosengeldes gestrichen, unter 25-Jährige bekommen direkt 100 Prozent gestrichen. Beim zweiten Verstoß sind es 60% bei den über 25-Jährigen, bei jüngeren Erwerbslosen fällt sogar noch der Mietzuschuss weg. Seit das Gesetz im Jahr 2007 eingeführt wurde, steigt die Zahl der jungen Wohnungslosen.

ERNEUTER SIEG GEGEN ZWANGS- RÄUMUNG IN SPANIEN

Zum wiederholten Male stoppte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof eine Zwangsräumung, in Spanien. Das Gericht in Straßburg erklärte, dass der besetzte Häuserblock in Salt in Katalonien nicht geräumt werden könne, wenn die Regierung nicht erklären kann, wie sie die Menschenrechte der BewohnerInnen zukünftig gewährleisten will. Das Recht auf eine menschenwürdige und angemessene Wohnung ist sogar in der spanischen Verfassung verankert. Schon 700 Menschen haben gemeinsam mit der PAH, der Plattform der Hypothekengeschädigten, Wohnungen besetzt.

SPANIEN II: ZWANGSRÄUMUNG VON TOTEN

Nachdem seit Beginn der Krise 400.000 Familien zwangsgeräumt wurden, weil sie ihre Hypotheken oder Miete nicht mehr zahlen konnten gibt es jetzt eine neue ekelhafte Art der Räumung. Viele können mangels Einkünften auch die Gebühren für Gräber oder Grabnischen ihrer Angehörigen nicht mehr bezahlen. Auf dem teilprivatisierten Friedhof in Granada sollen demnächst die Reste von Leichen, deren Angehörige nicht mehr zahlen können, ausgegraben und in einem Massengrab verscharrt werden.

RASSISMUS AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Menschen mit migrantischen Namen werden auf dem Wohnungsmarkt systematisch diskriminiert. In Berlin zahlen sie laut Berliner Mieterverein im Schnitt 15 Prozent mehr Miete als ihre deutschen Nachbarn. In einem Frontal-21-Bericht betraf eine Mietererhöhung in einem ganzen Wohnblock nur Menschen mit Migrationshintergrund. Trotz Antidiskriminierungsgesetz werden bei gleichlautenden Bewerbungen oftmals nur Personen mit vermeintlich deutschen

Namen zur Besichtigung eingeladen.

MEHR ZWANGSRÄUMUNGEN, WENIGER SOZIALWOHNUNGEN

In Berlin gibt es Schätzungen zufolge 22 Zwangsräumungen pro Tag. Auch der Berliner Senat, der nur Fälle zählt, in denen Obdachlosigkeit droht, sieht innerhalb von nur 2 Jahren einen Anstieg der Räumungen von einem Drittel. Die Zahl an Zwangsräumungen, die nach der Mietrechtsreform von Anfang des Jahres noch leichter sind, steigt, die Zahl der Sozialwohnungen dagegen sinkt rasant. Bundesweit zwischen 2002 und 2010 von 2,47 Millionen auf 1,66 Millionen.

[FR] STADT OHNE NACHTLEBEN IN DER INNENSTADT?

In Freiburg wird um das Nachtleben gestritten. Der Lokalverein Innenstadt Freiburg, - für Totenstille und Überwachung - fordert eine Verkürzungen der Sperrzeiten, mehr Polizei und die Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes. Gegen die Initiative hat sich eine Bürgerinitiative pro Nachtleben gegründet, die allerdings sehr von kommerziellen Clubs und Kneipen geprägt ist. RDL zum Widerstand: Bunter und autonomer geht's aber schon.

EZB KILLT GÜNSTIGEN WOHNRAUM

Durch die Zinspolitik, die Politik des billigen Geldes der Europäischen Zentralbank, sind allein im Jahr 2012 Kredite in Höhe von 69 Millionen Euro im sozialen Wohnungsbau vor Fristende abgelöst worden. In Baden-Württemberg sind dadurch allein im Jahr 2012 4.671 Wohnungen aus der sozialen Bindung gefallen. Freiburg ist mit 2.510 Wohnungen, die in den letzten 12 Jahren vor Fristende aus der sozialen Bindungen rausgekauft wurden, an 2. Stelle in Baden-Württemberg. Mehr Wohnungen sind auf diese Weise nur noch im größeren Stuttgart aus der sozialen Bindung gefallen.

[FR]AUCH GENOSSENSCHAFTEN VERLANGEN UNRECHTMÄSSIG HOHE MIETE

In der letzten Ausgabe berichteten wir von der FSB, die den Mietspiegel zu Ungunsten der MieterInnen ausgelegt hatte und bei 400 Wohnungen die Miete senken musste. Nun verwundert es wenig, dass auch die Wohnungsgenossenschaft Heimbau Breisgau unrechtmäßige Mieten verlangt. Diesmal ging es u.a. darum, dass auch Küche und Bad mit festinstallierter Heizung ausgestattet sein müssen und sonst ein Mietabschlag fällig ist. Öffentlich wurde das Thema dadurch, dass sich ein

engagierter Heimbau-Mieter an das Netzwerk Recht auf Stadt gewendet hatte.

[FR] FREIBURG GEGEN RECHT AUF MOBILITÄT

5€ monatlich, so heißt es, neuerdings gar gesetzlich bestimmt, sei eine angemessene Beteiligung an den Mobilitätskosten des Nahverkehrs für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ALG-II Grundsicherungs-Haushalten. In Freiburg allerdings trägt die Zumutbarkeit der Eigenbeteiligung an der Regiokarte bisher 11,70 €. Und dabei soll es nach dem Willen des Gemeinderats auch bleiben. Dafür werden in Freiburg generell Geschwisterkinder, selbst von LehrerInnen, BankerInnen etc., gefördert. Sozial gerecht.

PARTEIFÖRMIGER PROTEST DER WOHLSITUIERTEN

Für die Gemeinderatswahl hat sich eine neue Liste gegründet. „Freiburg Lebenswert“ erklärt, für ein Ende von Wachstumswahn, Bauwut und stadtbildfeindlicher Nachverdichtung in allen Stadtteilen zu sein. Die Forderung, den Anstieg der EinwohnerInnenzahl auf ein "gesundes Maß" zu reduzieren, entlarvt die Liste, die sich hauptsächlich aus einigen BürgervereinsvertreterInnen zusammensetzt, allerdings als das, was sie ist: Eine „Nicht-in-meinem-Vorgarten“-Liste, die eine lebenswerte Stadt für sich selbst will. Ob gewollt oder nicht, würde das schnell zu einer Stadt gegen ärmere Menschen und gegen alles, was von der bürgerlichen Norm abweicht, führen.

EUROPAWEITER AKTIONSTAG

Unter dem Slogan "Wohnungen für Menschen - nicht für den Profit" fanden am 19. Oktober in zahlreichen europäischen Städten Demonstrationen und Aktionen statt, so u.a. in Athen, Amsterdam, Berlin, Budapest, Dublin, Lissabon, Malaga, Paris, der Region RheinRuhr, Rom, Toulouse und Warschau. Immer wieder wurden die hohen Wohnkosten bei gleichzeitigem Leerstand thematisiert. Allein im überbewerteten Paris stehen z.B. über 100.000 Wohnungen leer. Ziel des Aktionstages war die perspektivische Weiterentwicklung einer grenzüberschreitenden wohnungs- und stadtpolitischen Basisbewegung und die Vernetzung lokaler BewohnerInnenorganisationen gegen die unsolidarische Austeritätspolitik Politik der EU, der Troika und nicht zuletzt der Bundesregierung.

Weiterführende Links zu den Meldungen findet ihr wie immer auf der Homepage